Stadt Gütersloh

Die Bürgermeisterin

B e r a t u n g s e r g e b n i s

der 13. öffentlichen Sitzung des Rates am 28.08.2015

7. Freifunk / kostenloses Wlan -DS-NR.: 48/2015 2. Erg.-

Frau Unger weist darauf hin, dass ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion zu diesem Thema vorliege, der per Mail übersandt und in die Präsentation eingebaut worden sei.
Sie merkt an, dass die Beratung des Themas ursprünglich auf einen Antrag der CDU-Fraktion vom 05.02.2015 zurückzuführen sei, der durch einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen BfGT, Bündnis 90/Die Grüne und Die LINKE vom 13.02.2015 ergänzt worden sei.
Nach intensiver Diskussion sei im Hauptausschuss am 15.06.2015 mehrheitlich mit 8 Ja-Stimmen (4 SPD, 2 Grüne, 2 BfGT), 1 Nein-Stimme (1 BM), 7 Stimmenthaltungen (6 CDU, 1 UWG) Folgendes beschlossen worden:

> Zeitnah soll zusammen mit der Bürgerinitiative Freifunk Gütersloh die Versorgung des Rathauses (insbesondere der öffentlichen Wartebereiche wie z.B. Bürgerbüro) sowie der Kultur Räume realisiert werden.
>
> Des Weiteren soll geprüft werden, welche zusätzlichen städtischen Standorte – auch in der Nähe von oder in den Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber – sich für eine kurzfristige Realisierung eignen.

Diese Überprüfung habe auch unter Berücksichtigung des Rechtsgutachtens des Kreises zu dem Beschlussvorschlag in der Vorlage geführt. Weil der Rat abschließend zuständig sei, sei der Beschluss des Hauptausschusses noch nicht umgesetzt worden.

Herr Kollmeyer (CDU) erläutert den Änderungsantrag der CDU. Mit diesem solle verdeutlicht werden, dass man mit dem Verwaltungsvorschlag nicht einverstanden sei. Man wolle eine Initiative, die getragen sei von dem Gedanken von Bürgern für Bürgern unterstützen. Die Stadt sollte nur dort tätig werden, wo noch Lücken vorhanden seien.

Herr Morkes (BfGT) merkt an, dass er dankbar für den Hinweis auf den Beschluss des Hauptausschusses sei und frage sich jetzt, welcher der Anträge der weitergehende sei und zur Abstimmung gestellt werde. Den Verwaltungsvorschlag lehne man ab. Er hoffe, dass die Einrichtung zügig umgesetzt werde.
Auf seine Nachfrage hin erläutert **Herr Kimpel,** dass in den Kultur Räumen bereits seit zwei Jahren WLAN vorgehalten werde und dies der Richtlinie der Europäischen Veranstaltungsorte entspreche.

Frau Niemann-Hollatz (GRÜNE) trägt vor, dass man den gemeinsamen Antrag ebenfalls aufrechterhalte. Die GRÜNEN unterstützten kostenloses WLAN ohne besondere Registrierung und daher die Initiative Freifunk. Man wolle keine kommerziellen Anbieter. Das Gutachten des Kreises sei nicht vollständig. Freifunk könne als Betreiberin auftreten. Das Risiko der Kommunen im Hinblick auf die Störerhaftung sei dann verschwindet gering und könne durch vertragliche Regelungen noch weiter minimiert werden. Das Risiko sollte man in Kauf nehmen. Die Stadt Halle habe sich in Kenntnis des Kreisgutachtens für Freifunk entschieden, genauso wie der Landtag. Nun müsse man auch in Kommunen die Akzeptanz gegenüber den Freifunkinitiativen steigern.

Herr Reese (LINKE) legt dar, dass die Einrichtung eines WLAN-Hotspots mit der eines Mobilfunkmastes vergleichbar wäre. Er bezieht sich auf eine Information der Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg. Viele Kommunen hätten bereits freie Hotspots in ihren städtischen Gebäuden; die könnten nicht alle falsch liegen. Gütersloh befinde sich edv-technisch in der Steinzeit, die Kosten in der Vorlage seien viel zu hoch angesetzt. Er bedauert, dass die Verwaltung den Antrag nicht in der Form geprüft habe, wie er formuliert worden sei. Er wirft der Verwaltung einseitige Darstellung und Taschenspielertricks vor.
Frau Unger weist diesen Vorwurf zurück. Die Verwaltung habe mit ihren Fachkompetenzen nach bestem Wissen auch unter Berücksichtigung des Rechtsgutachtens diese Vorlage erstellt.

Herr Ostermann (SPD) schließt sich den Ausführungen von Frau Niemann-Hollatz an. Es gehe auch um die Förderung bürgerschaftlichen Engagements.

Herr Kalley (UWG) geht darauf ein, dass die Frage der Störerhaftung nicht abschließend geklärt und die Abmahnindustrie auf diesem Gebiet sehr aktiv sei.

Dr. Bethlehem (SPD) stimmt der Förderung von bürgerschaftlichen Engagement zu. Zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Freiheit könne auch gehören, den Zugang zum Internet zu kontrollieren.

Frau Unger wertet den gemeinsamen Antrag der Fraktionen BfGT, Bündnis 90/Die Grüne und Die LINKE, der entsprechend im Hauptausschuss angenommen worden sei, als den weitergehenden Antrag und stellt ihn zur Abstimmung

Beschluss:

Zeitnah soll zusammen mit der Bürgerinitiative Freifunk Gütersloh die Versorgung des Rathauses (insbesondere der öffentlichen Wartebereiche wie z.B. Bürgerbüro) sowie der Kultur Räume realisiert werden.
Des Weiteren soll geprüft werden, welche zusätzlichen städtischen Standorte – auch in der Nähe von oder in den Unterkünften für Flüchtlinge und Asylbewerber – sich für eine kurzfristige Realisierung eignen.

Ergebnis:
Beschlossen mit
28 Ja-Stimme(n) (15 SPD, 5 GRÜNE, 6 BfGT, 2 LINKE)
2 Nein-Stimme(n) (Ratsherr Schulte-Fischedick, Bürgermeisterin)
19 Stimmenthaltung(en) (18 CDU, 1 UWG)